



CDU-Landesgruppe
Baden-Württemberg

Fürs Ländle in Berlin!

10. März 2017



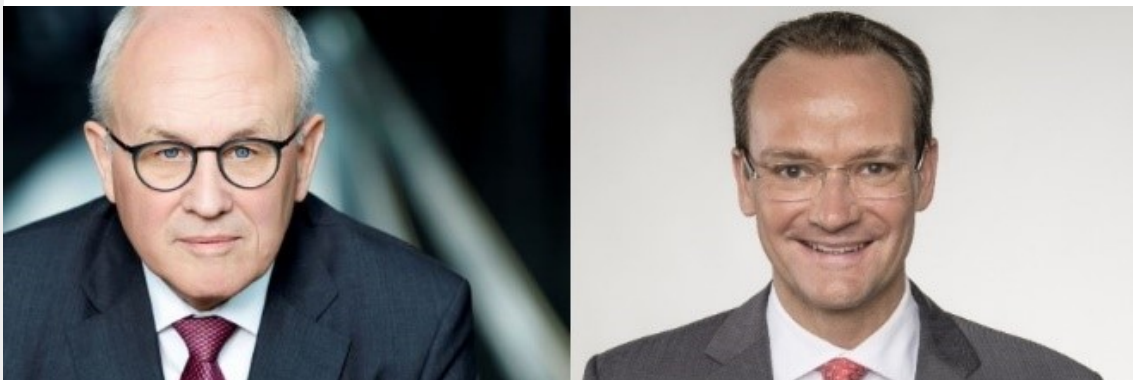
Türkei, Schweiz, Europa!

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine ereignisreiche Berliner Woche liegt hinter uns. Für die CDU-Landesgruppe standen dabei die „großen Themen“ wie die Frage zum Umgang mit Äußerungen und Aktivitäten türkischer Regierungsvertreter genauso im Mittelpunkt wie die regionalen Fragen - in diesem Fall besonders die im Grenzgebiet zur Schweiz. Über all das lesen Sie in diesem Newsletter.

Ihr Andreas Jung

Europa und die Türkei



Bundeskanzlerin **Dr. Angela Merkel** nahm in der Regierungserklärung zum EU-Gipfel deutlich Stellung zu den Spannungen zwischen Deutschland und der Türkei. Die Nazi-Vergleiche türkischer Regierungspolitiker seien „so deplatziert“, dass man sie eigentlich nicht kommentieren müsse. Diese Vergleiche müssten aufhören, sie seien der Freundschaft mit der Türkei nicht würdig: „Die Anschuldigungen türkischer Politiker sind nicht zu rechtfertigen“, sagte Merkel in ihrer Regierungserklärung. Die Werte der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit leiteten Deutschland auch bei der Frage, ob türkische Politiker hier für eine Verfassungsreform werben dürften, die aus Sicht der Venedig-Kommission des Europarats „mehr als problematisch“ sei. Die Bundeskanzlerin hat gleichwohl das deutsche

und europäische Interesse an guten deutsch-türkischen Beziehungen trotz aller derzeit „tiefen und ernsthaften Meinungsverschiedenheiten“ betont. Mit Blick auf das Spitzentreffen der Staats- und Regierungschefs sprach sich Merkel zudem für eine offene Handelspolitik aus: „Auch wenn wir in Teilen der Welt nationalistische und protektionistische Ansätze auf dem Vormarsch sehen: Europa darf sich niemals einigeln, abschotten und zurückziehen“.

CDU/CSU-Fraktionschef **Volker Kauder** (Wahlkreis Rottweil-Tuttlingen, Foto) erklärte, man werde Präsident Erdogan auch sagen, was Deutschland fordere und „was uns nicht passt“: Reisefreiheit für Abgeordnete in der Türkei, Religionsfreiheit, Ausbildung von Priestern der griechisch-orthodoxen Kirche und vieles andere mehr. Den Mund voll zu nehmen und nach Deutschland reisen zu wollen, gleichzeitig aber den gewählten deutschen Abgeordneten den Besuch der Bundeswehr in Incirlik zu verweigern, das gehe nicht, so Kauder.

Der Vorsitzende im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, **Gunther Krichbaum** (Wahlkreis Pforzheim, Foto), betonte: „Wir sind immer nur stark als eine Europäische Union. Im Zeitalter der Globalisierung müssen wir enger als früher miteinander zusammenarbeiten. 60 Jahre Römische Verträge - das ist eine große Chance für uns, gerade auch für die Staaten auf dem Balkan. Dabei bedarf es aber auch dort immer einer kritischen Selbstreflexion“, so Krichbaum.

Thomas Dörflinger (Wahlkreis Waldshut) hob in seiner letzten Rede im Deutschen Bundestag das Prinzip der Subsidiarität hervor. Dieses sei eine zentrale Grundlage der EU und müsse regelmäßig überprüft werden. „Subsidiarität definiert sich immer von unten nach oben. Was auf lokaler oder regionaler Ebene sinnvoll erledigt werden kann, muss nicht von der höheren Ebene an sich gezogen werden“, so Dörflinger abschließend.

„Wer dieses Land öffentlich verdächtigt, Nazi-Methoden anzuwenden, disqualifiziert sich selbst“, richtete Bundestagspräsident **Prof. Dr. Norbert Lammert** zu Beginn der gestrigen Plenarsitzung deutliche Worte an die türkische Regierung und ergänzte: „Hierzulande kann jeder seine Meinung sagen. Wir aber auch!“. Er warnte die Türkei vor der „Entwicklung zu einem zunehmend autokratischen Staat“.

Letzte Rede im Plenum: Thomas Dörflinger



Nach 19 Jahren wird **Thomas Dörflinger** im September nicht mehr für den Deutschen Bundestag kandidieren. Seitdem vertrat er als direkt gewählter Abgeordneter den Wahlkreis Waldshut im Parlament. Am Donnerstag antwortete er im Plenum auf die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin. Wir haben im Anschluss an seinen letzten Auftritt am Rednerpult bei ihm nachgefragt:

Herr Dörflinger, in dieser Woche tagt der Europäische Rat auf Malta. Welche Signale sollen hiervon und vom Jubiläumsgipfel in Rom am 25. März 2017 ausgehen?

In Malta steht die europäische Migrationspolitik im Fokus. Dazu gehören a priori die Verbesserung des europäischen Asylsystems und die so genannten Migrationspatenschaften mit afrikanischen Ländern. In der europäischen Asylpolitik haben wir zwar in der Vergangenheit Fortschritte erzielt, aber es liegt noch ein Stück des Weges vor uns. Es sollte

in Malta darüber hinaus deutlich werden, dass Europa Ernst macht mit einer Agenda für Afrika. Minister Gerd Müller hat dazu gute Vorschläge gemacht.

In Rom begehen wir dann das Jubiläum der Römischen Verträge. Das ist zunächst einmal Grund zum Feiern, denn in 60 Jahren haben wir sehr viel erreicht, was manche heute schon für selbstverständlich halten. Allerdings sollte mit Blick auf das Jean-Claude Juncker vorgelegte Weißbuch zur Zukunft der EU auch ein kritisches Auge auf das geworfen werden, was nicht gelungen ist. So muss für die Bürger nachvollziehbar werden, dass Europa bei der Gestaltung seiner Zukunft auch bereit ist, aus seinen Fehlern in der Vergangenheit zu lernen. Europa muss wieder mehr eine Sache des Herzens und des Bauches werden, statt nur im Kopf stattzufinden.

Sie haben am Donnerstag Ihre „Abschiedsrede“ im Deutschen Bundestag gehalten. Wie hat sich die Arbeit im Parlament in den 19 Jahren Ihrer Zugehörigkeit verändert?

Wer im „Langen Eugen“ in Bonn mit einer Schreibmaschine auf dem Tisch begonnen hat, erlebte den technischen Fortschritt am eigenen Leibe. Das hat vieles erleichtert und auch schneller gemacht. Die Kommunikation mit den Bürgern ist heute wesentlich intensiver als damals. Das hat Abgeordnete und Bevölkerung einander deutlich näher gebracht. Allerdings kann das natürlich auch seine Schattenseiten haben. Wer mal einen Shitstorm erlebt hat, weiß, wovon ich rede ...

Ich habe aber auch meine ernststen Sorgen. Im Verhältnis von Parlament und Regierung drohen die gewählten Vertreter an Einfluss zu verlieren. Ich beobachte dies unabhängig davon, wer regiert. Die unsichtbaren, aber ständig präsenten und immer enger werdenden Regeln der politischen Korrektheit machen zudem eine sachliche Debatte in der Öffentlichkeit nur noch eingeschränkt möglich.

Welche Ziele, welche Themen waren und sind Ihnen wichtig, gerade auch in Zusammenarbeit mit den Kollegen aus der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg?

Da ist die Verkehrsinfrastruktur sicher der Hauptpunkt. Wir haben den Bundesverkehrswegeplan in der Landesgruppe intensiv bearbeitet, und die Kollegen im Fachausschuss haben zusammen mit dem Ministerium eine gute Grundlage geliefert, dass wir bis 2030 gut vorankommen. Planungen muss aber vorerst noch das Land liefern! Wenn die Zuständigkeiten dann auf der Bundesebene gebündelt werden - ein altes Anliegen der CDU Baden-Württemberg -, dann wird es einfacher.

Für Südbaden und meinen Wahlkreis war die Flugverkehrsbelastung durch Zürich-Kloten das Thema schlechthin. Dass wir die Ratifizierung des für uns nachteiligen Staatsvertrages mit der Schweiz würden verhindern können, hätte ich anfangs selbst kaum geglaubt, da ich mit meiner Beurteilung ziemlich alleine stand. Ohne die Unterstützung der Landesgruppe und die Hilfe der Landespartei hätten wir das nicht stemmen können. Diese Solidarität bleibt mir dankbar im Gedächtnis.

Betriebliche Altersvorsorge wird attraktiver



Von **Peter Weiß** (Wahlkreis Emmendingen-Lahr), Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales und Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Ein Geringverdiener-Zuschuss sowie ein Freibetrag in der Grundsicherung sind Kernpunkte eines Gesetzentwurfs zur Weiterentwicklung der Betrieblichen Altersversorgung (BAV), der in dieser Woche in erster Lesung beraten wurde. In die Übereinkunft über die Eckpunkte der Vorlage waren vorab auch die Sozialpartner einbezogen worden. Ihnen werden auch zusätzliche Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt. Im Koalitionsvertrag ist eine stärkere Verbreitung der BAV bei Beschäftigten mit kleinen Einkommen bzw. bei kleinen und mittleren Unternehmen als Ziel bestimmt worden. Der Entwurf sieht nun vor, dass der Arbeitgeber seinem Arbeitnehmer mit einem Monatsbruttoverdienst von bis zu 2000 Euro einen Zuschuss zur BAV von maximal 480 Euro jährlich gewähren kann. Hiervon erhält er im Steuerverfahren rund 30 Prozent zurück.

Freiwillige Zusatzrenten sollen künftig nicht mehr ganz auf die Grundsicherung angerechnet werden. Es soll einen Mindestfreibetrag von 100 Euro und einen Höchstfreibetrag von ca. 200 Euro geben. Das gilt dann nicht nur für die BAV, sondern auch für Riester-Rente und Rürup-Rente. Die volle Anrechenbarkeit war, wie verschiedene Studien ergeben haben, ein zentrales Hindernis für die Inanspruchnahme von BAV durch Geringverdiener. Arbeitnehmer können im Rahmen der Entgeltumwandlung künftig bis zu acht Prozent ihres Einkommens (statt bisher vier Prozent) steuerfrei ihrer BAV zuführen. Die Sozialabgabenfreiheit bleibt auf vier Prozent des Einkommens beschränkt. Auch können Arbeitnehmer bis zu 40 000 Euro aus einer Abfindung steuerfrei in die BAV einbringen.

Die Tarifvertragsparteien können im Rahmen des „Sozialpartnermodells“ zum Beispiel Vereinbarungen über Angebotsobligatorien auf Branchen- oder Betriebsebene, Zielrenten an Stelle von Garantierenten oder auch über die Aufhebung der Subsidiärhaftung des Arbeitgebers treffen. Das Modell sieht auch eine Weitergabe von vom Arbeitgeber aufgrund der Entgeltumwandlung seines Arbeitnehmers für die Altersvorsorge eingesparten Sozialversicherungsbeiträgen in die Alterssicherung des Beschäftigten vor. Im parlamentarischen Verfahren wird u.a. zu diskutieren sein, inwieweit Optionen aus dem Sozialpartnermodell auch auf andere Betriebe erstreckt werden sollten.

Deutsch-Schweizer Dialog



In einem Gespräch mit der Schweizer Botschafterin Christine Schraner Burgener diskutierte die CDU-Landesgruppe aktuelle deutsch-schweizerische Themen. Die Botschafterin betonte dabei die wichtigen nachbarschaftlichen Beziehungen zu Baden-Württemberg: „40 % aller Ausfuhren der Schweiz nach Deutschland gehen direkt nach Baden-Württemberg“. Das Bundesland sei damit der viertwichtigste Absatzmarkt der Eidgenossen. Umgekehrt ist die Schweiz auch für Baden-Württemberg ein wichtiger Handelspartner. Von beiden Seiten wurde daher die Bedeutung eines gemeinsamen Binnenmarktes betont. Weitere Themen waren verkehrs-, energie- und gesundheitspolitische Fragen sowie Fragen der Sicherheit im gemeinsamen Grenzraum. CDU-Landesgruppenchef **Andreas Jung**: „Wir wollen mit der Schweiz gute Nachbarschaft. Deshalb ist es wichtig, miteinander zu sprechen, nicht nur übereinander - gerade wenn es bei manchen Fragen auch unterschiedliche Auffassungen gibt.“

Modernes Waffenrecht mit Augenmaß



In dieser Woche werden im Bundestag Änderungen des Waffenrechts debattiert. Der Entwurf des „Zweiten Gesetzes zur Änderung des Waffengesetzes“ sieht anlässlich einer notwendigen Umsetzung einer EU-Richtlinie zur Unbrauchbarmachung ausgesonderter Waffen auch verschiedene Änderungen zur Aufbewahrung, zu Meldepflichten und zu anderen Verwaltungsvorschriften vor.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag setzt sich - gegen die Rufe nach immer strengeren Vorgaben - für eine möglichst moderate Anpassung der gesetzlichen Regelungen ein. So sehen auch die baden-württembergischen Innenpolitiker **Dr. Stephan Harbarth** (Wahlkreis Rhein-Neckar) und **Nina Warken** (Tauberbischofsheim) keine Notwendigkeit für eine grundlegende Verschärfung des deutschen Waffenrechts.

„Wir unterstützen selbstverständlich Vorkehrungen, die für die Sicherheit aller Bürger notwendig sind. Dieses Ziel darf aber nicht dazu führen, dass die Besitzer legaler Waffen mit ungerechtfertigten Restriktionen belastet werden“, betont Nina Warken im Hinblick auf das am Freitag beschlossene Gesetz. In diesem Sinne konnte die CDU/CSU-Fraktion schon in der Entwurfsphase des neuen Gesetzes diverse Erfolge verbuchen. Unter anderem gelang der Fraktion eine entscheidende Entschärfung der Regeln für die Einführung der viel diskutierten neuen Standards für die Sicherheitsbehältnisse: für bereits vorhandene Waffenschränke wird ein umfassender und zeitlich unbeschränkter Bestandsschutz vorgesehen.

Aber auch im Novellierungsprozess der europäischen Feuerwaffenrichtlinie konnte durch den gemeinsamen Einsatz des Bundesinnenministers sowie der CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag zahlreiche Regelungen verhindert werden, die keinen Sicherheitsgewinn wohl aber eine bürokratische Belastung der vielen tausend Jäger und Sportschützen in unserem Land bedeutet hätten. Hierzu erläutert der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Stephan Harbarth: „Es ist bereits heute absehbar, dass der ursprüngliche Entwurf der Kommission deutlich abgeschwächt wird. Etliche geplante Regelungen, so etwa regelmäßige medizinische Untersuchungen für Waffenbesitzer und die generellen zeitlichen Befristungen von waffenrechtlichen Erlaubnissen werden in unserem Sinne entschärft. Auch wird ein generelles Verbot von halbautomatischen Waffen nicht kommen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass Raum für ein verantwortungsvolles und angemessenes Agieren der Mitgliedsstaaten bleibt“.

Gabriele Schmidt neue Ausschuss-Vize



Gabriele Schmidt (Ühlingen, Kreis Waldshut) wurde auf Vorschlag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für das Amt der Stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag benannt. Die Sozialpolitikerin folgt auf den CDU-Abgeordneten Prof. Dr. Matthias Zimmer, der im Januar zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe benannt worden ist.

„Ich freue mich über das mir entgegengebrachte Vertrauen und die zusätzliche Aufgabe im Parlament“, sagte Gabriele Schmidt. „Es stehen noch einige sozial- und arbeitsmarktpolitische Reformen in dieser Wahlperiode an, die zum guten Abschluss gebracht werden müssen“, fügte die Abgeordnete hinzu. Auf der Tagesordnung des Ausschusses stehen u.a. das Betriebsrentengesetz, Weiterentwicklung des Teilzeitrechts und der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Wir sagen: Herzlichen Glückwunsch, Gaby Schmidt!

Reden & Videos

Plenarsitzungen, Beiträge und Reden der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten sind jederzeit abrufbar unter bundestag.de/mediathek.

Weitere Informationen finden Sie im Angebot CDU/CSU-Fraktion unter



Pressemeldungen

Aktuelle Pressemeldungen der CDU-Landesgruppe finden Sie unter www.cdu-lg-bw.de.

Kontakt

Platz der Republik
Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 - 70269
Fax 030 / 227 - 76251

info@cdu-lg-bw.de
www.cdu-lg-bw.de

Fotos: fotolia.de/travelwitness (Reichstag), Laurence Chaperon (Volker Kauder).

Impressum:

CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg

Platz der Republik 1

11011 Berlin

[Newsletter abbestellen](#)